



Mit diesem Foto demonstrieren Fürthener Kommunalpolitiker, dass sie hinter der Aktion „Sicherer Hafen“ für Menschen in Not stehen.

Foto: Andreas Dalberg

Moria: Auch Fürth setzt nun Zeichen

Die Stadt bekräftigt ihren Willen zur **AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN** und schließt sich einem Appell an die Bundeskanzlerin an.

VON BIRGIT HEIDINGSFELDER

FÜRTH – Drei Wochen nach dem Brand von Moria bekundet die Stadt Fürth mit Nachdruck ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Darauf gedrängt haben nicht nur Linke und Grüne im Stadtrat.

Schon vor dessen Sitzung veranstaltete das Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit der Fürther „Seebrücke“ vor der Stadthalle eine Kundgebung. Sie forderten, eine Stadt wie Fürth, die sich seit 2019 „Sicherer Hafen“ nennt, dürfe sich „nicht nur aufs Hissen von Fahnen beschränken“.

Bundesweit haben sich inzwischen rund 180 Kommunen zu „Sicheren Häfen“ erklärt. Sie bekunden damit, in Not geratene Geflüchtete ein Obdach anzubieten. Solchen Worten müssten nun aber Taten folgen, mahnte Anja Schmailzl vom Bündnis gegen Rechts.

Fürths katholischer Dekan André Hermany verurteilte bei der Demo Debatten über die Aufnahme von „zehn, 15 oder 150“ Personen als „mensenverachtend“. Statt dessen gelte es, nach dem Motto „Liebe deinen Nächsten“ all jenen die Hand zu reichen, „die es brauchen“.

Bei dem Großbrand im völlig überfüllten Lager Moria auf Lesbos wurden am 8. September 12 000 Flüchtlinge obdachlos. Einige von ihnen sollen das Feuer gelegt haben. Berlin kündigte zuletzt an, 1553 Flüchtlinge von den griechischen Inseln nach Deutschland zu holen. Die ersten sind inzwischen eingetroffen.

In Europa geht Deutschland damit voran. Kritiker wie die Fürther Linken finden das aber nicht genug. Sie pochen auf rasche Hilfe für Menschen, „die schlimmer behandelt werden als Tiere“ und die „als Spielball politischer Interessen“ missbraucht würden.

In einem Offenen Brief vom 10. September wenden sich bundesweit (Ober-)Bürgermeister und Stadträte an Kanzlerin Merkel. Sie bitten sie, nicht auf eine europäische Lösung zu warten, und erklären, dass sie handeln wollen. „Wir sind bereit, Menschen aus Moria aufzunehmen, um die humanitäre Katastrophe zu entschärfen.“

Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat nun beschlossen, dass Oberbürgermeister Thomas Jung den Brief unterstützen soll. Er habe damit kein Problem, sagte Jung, wünsche sich aber einen „europäischen Weg“. Denn: Deutschland allein werde das Problem nicht lösen.

Linken-Stadtrat Niklas Haupt beklagte, dass die Katastrophe von Moria erwartbar war. Und er zeigte sich irritiert von einem Statement Jungs, wonach Fürth „zwei bis drei“ Migranten aufnehmen könne. „Da sei aber „deutlich Luft nach oben“,

sagte Haupt. Jung erklärte, er habe sich mit den Zahlen an Nürnberg orientiert, wo die Aufnahme von zehn Migranten im Raum steht. Die Stadt Fürth müsse ihren Beitrag leisten, betonte er. „Und das sollten wir vernünftig, aber humanitär und mit Herz angehen.“

Vor einer Unterbringung von Flüchtlingen in Fürth tun sich unter Umständen neue Hürden auf. Zumindest warnte Sozialreferentin Elisabeth Reichert, dass die einzige städtische Unterkunft belegt sei. Bei den staatlichen Einrichtungen wiederum brauche man grünes Licht von der Regierung von Mittelfranken.

Nach der Sitzung setzten zahlreiche Stadträte parteiübergreifend bei einem Fototermin unter dem Motto #fürthsichererhafen ein Zeichen. Initiator Julian Pecher (SPD) hofft, dass sich das Bild als „deutliches Statement“ in Social-Media-Kanälen verbreitet.